

Die Pläne zur Bebauung von Ortsrandlagen im Lichte des Gemeindeentwicklungsprozesses

Fußgängerüberweg auf der Servaisstraße in Witterschlick

Planungskonzept Jungfernpfad

„Europa wählt – Du entscheidest“

In Rom haben sich die Grünen Europas zur Europäischen Grünen Partei vereinigt und das Startsignal für den gemeinsamen Europawahlkampf gesetzt.

Sie waren aus London und Paris gekommen, aus Madrid und Lissabon, aus Riga und Budapest, aus Berlin und Wien, aus Athen und Nikosia und vielen anderen europäischen Städten. Im römischen Rathaus Campidoglio besiegelten die Vertreter der europäischen grünen Parteien die Gründung der European Green Party (EGP). Die lose grüne Föderation hat damit die institutionellen Weichen für eine gemeinsame Zukunft gestellt und ihre Kräfte – für den gemeinsamen Europawahlkampf und die grüne Gestaltung europäischer Politik gebündelt.

25 grüne Parteien berufen sich auf ein gemeinsames Wahlmanifest, werden gemeinsam Wahlkampf machen, unter anderem mit einem Internetauftritt in rund 20 Sprachen, und mit einem Spitzenteam antreten. Inzwischen haben sich auch die Skeptiker von der Idee der gemeinsamen Wahlkampagne anstecken lassen. Selbst wenn es manchmal schwierig und zäh ist, die politischen Vorstellungen der Grünen von Schweden bis Deutschland unter einen Hut zu bringen: Von der Professionalität und dem Schwung, den die gemeinsame Kampagne mitbringt, profitieren nicht nur die kleinen Parteien in den Beitrittsländern.

Die Botschaft des grünen Wahlkampfes lautet: Europa braucht die Grünen, weil nur ein grünes Europa Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden sichert. Und wir Grünen brauchen Europa, um die gesellschaftliche Modernisierung voranzutreiben, die wir auf kommunaler und nationaler Ebene bereits so erfolgreich begonnen haben. Wir Grüne stehen für konsequent europäische Lösungen, denn die Probleme machen nicht an den Grenzen halt.

Europa weiter machen

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden am 13. Juni nicht über irgendwelche Bürokraten im fernen Brüssel. Europa betrifft den Alltag aller. Deshalb heißt der grüne Slogan: Du entscheidest! Oder eben: You decide, Vous decidez, Tu decidi, Jij beslist, Sina pääätät!

So verschieden die Grünen Europas sind – sei es als Regierungspartei in Deutschland, als

Oppositionskraft in Finnland oder in der außerparlamentarischen Opposition in Polen – die europäischen Grünen sind eine nicht mehr weg zu denkende politische Größe. Wir wollen gemeinsam „Europa weiter machen“ und werden in diesem Wahlkampf auch deutlich machen, wogegen die Wählerinnen und Wähler stimmen, wenn sie grün wählen: Gegen ein Europa der nationalistischen und neoliberalen Verführer, gegen ein Europa der Atomlobby, gegen Agrarfabriken und Genmanipulation, gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen bürokratische Bevormundung und Korruption und gegen ein Europa der außenpolitischen Abenteuer.

Hochkarätige Liste

Mit Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit an der Spitze einer hochkarätigen Liste werden wir den Wahlkampf in Deutschland als leidenschaftliches Bekenntnis für Europa

führen – ohne kritische Entwicklungen in der EU zu verweigern. Unsere politischen Gegner – allen voran die Union – werden versuchen, diese Wahl gegen die rot-grünen Reformen zu instrumentalisieren. Daher werden wir nicht nur unsere europäischen Schlüsselprojekte thematisieren – den Kampf für eine EU-Verfassung, den Abschied vom Euratom-Vertrag, die Wahlfreiheit bei der Gentechnik oder eine aktive Rolle bei der Reform von UNO, Weltbank und WTO – sondern auch für unsere innenpolitischen Projekte, wie Bürgerversicherung, Bildungsreform oder Abschaffung der Wehrpflicht werben.

Ein zweistelliges Wahlergebnis ist in Deutschland ein realistisches Ziel. Der Wahlkampf hat begonnen, unsere Ausgangslage ist glänzend, also packen wir's an!

Steffi Lemke

Politische Bundesgeschäftsführerin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Pläne zur Bebauung von Ortsrandlagen im Lichte des Gemeindeentwicklungsprozesses

Zu Unrecht wird den Ortsrandlagen speziell im Alfterer Raum (aber auch anderswo) zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Bei den betreffenden Gebieten handelt es sich meist um Grünflächen mit oder ohne landwirtschaftliche Nutzung. In früheren Zeiten konzentrierte sich die Bautätigkeit entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen und bedingt durch ihre eingeschränkte Mobilität in den historischen Dorfkernen, die weitgehend autark waren. Außerhalb der eigentlichen Dorfkerns waren land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen gelegen, von denen aus die Versorgung sichergestellt wurde. Es bestand generell eine klare Unterscheidung zwischen städtischen und dörflichen Zentren mit mehr oder weniger ausgebildeter Infrastruktur einerseits und dem

relativ unstrukturierten ländlichen Raum zwischen den Orten andererseits. Dieser hatte neben der Versorgungsfunktion immer auch eine hohe ökologische Bedeutung als Gebiet, das der Frischluftzufuhr der Städte und als Erholungsraum der dort lebenden Menschen diente.

In neuerer Zeit verlieren die ländlichen Räume außerhalb der Städte zunehmend ihre klassischen Versorgungsfunktionen. Zum einen werden aufgrund steigender Produktivität und wachsender ausländischer Konkurrenz weitaus weniger landwirtschaftliche Flächen benötigt als früher, zum anderen wird der bereits seit Jahrzehnten festzustellende Integrationsprozess durch wachsende Mobilität – und damit einhergehend dem Auseinanderfallen von Lebens-, Wohn-, Arbeits-



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

in 2004 finden in NRW zwei Wahlen statt. Am 13. Juni 2004 findet die Europa- und am 26. September 2004 die Kommunalwahl statt. Der Wähler und die Wählerin mag auf den ersten Blick der Ansicht sein, dass dies Wahlen sind, die nicht so wichtig und deshalb zu vernachlässigen sind. Hier unterliegt man aber einem Irrtum. Europa nimmt immer mehr an Wichtigkeit zu. Schon heute muss die Bundesregierung eine nicht unerhebliche Anzahl europäischer Gesetze in nationales Recht umsetzen und immer mehr übernimmt Brüssel die „politische Schlüsselgewalt“ in den nationalen Staaten der Union. Wer im künftigen Europa mitreden will, der muss dies bei den Wahlen am 13. Juni durch die Abgabe einer gültigen Stimme zum Ausdruck bringen. Ich möchte Sie daher bitten, zur Wahl zu gehen.

Gleiches gilt für die Kommunalwahl am 26. September 2004. Hier entscheiden Sie darüber, wie ihr engstes persönliches Umfeld durch Rat und Verwaltung gestaltet werden soll. Die Parteien haben sich für beide Wahlen aufgestellt und Sie können auswählen. Wir unterbreiten Ihnen für beide Wahlen ein ausgezeichnetes Angebot.

Zu den Europawahlen lesen Sie im nachfolgenden weiteren Artikel. Weitere Informationen können Sie in unseren Internetseiten oder bei einem persönlichen Gespräch mit uns bekommen.

Welche Ziele wir kommunal erreichen wollen, stellen wir Ihnen konkret in einer weiteren Ausgabe unserer Zeitung, zeitig vor den Kommunalwahlen vor.

Bei den Alfterer Grünen haben sich einige personelle Veränderungen ergeben. Lesen Sie hierzu die Artikel unter Personalien.

Wilhelm Windhuis

und Verkehrsräumen – beschleunigt. So unumkehrbar diese Entwicklung sein mag, so notwendig ist es andererseits, aus ökologischen Gründen (Frischlufzufuhr, Erholungsräume) an der grundsätzlichen Differenzierung zwischen Innen- und Außenbereichen festzuhalten. Auch aus städtebaulichen und kulturellen Gründen erscheint die grundsätzliche Unterscheidung von „Stadt“ und „Land“ sinnvoll.

Überpöntiert entstünde am Ende des Integrationsprozesses eine Gemengelage, in der weder charakteristische Ortszentren mit konzentrierten Funktionen noch un geplante ländliche, von Siedlungen weitgehend freigehaltene Flächen, sondern nur noch weiträumig überplante Siedlungsbereiche bestehen – eine Entwicklung, die in vielen links- und rechtsrheinischen Kreisgebieten bereits festzustellen ist.

Eine Identifizierung der Menschen mit dem Ort, in dem sie leben, setzt zudem voraus, dass die Ortsstrukturen überschaubar, die Lebensräume unterscheidbar sind. Fortschreitende Integration mit der Folge, dass Siedlungsgebiete ohne Zäsur ineinander übergehen, dürfte das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen zu ihrer Kommune negativ beeinflussen.

Die vorstehenden Zusammenhänge werden von der Kommunalpolitik, namentlich den großen Parteien, die aller Orten das Sagen haben, sträflich vernachlässigt. Die Ursachen hierfür sind offensichtlich: Der Druck der Landwirte, deren Nachfolge nicht geregelt ist und die deshalb damit liebäugeln, ihre Äcker zu versilbern, auf die Politik ist immens. Zum anderen bieten häufig nur noch die Außenbereiche in den Ortsrandlagen Entwicklungs- bzw. Erweiterungsmöglichkeiten, da die innerörtlichen Bereiche bereits überplant sind. Die Widerstände gegen eine Überplanung der Außenbereiche in Ortsrandlagen sind auch naturgemäß geringer als die gegen größere Planungsvorhaben in innerörtlichen Lagen, da der Kreis der möglicherweise betroffenen, in ihren Rechten beeinträchtigten Bürger dort geringer ist. An der mangelnden Wertschätzung der Freiflächen wird sich vermutlich solange nichts ändern, wie das Streben der Menschen nach dem „Häuschen im Grünen“ durch staatliche Wohnungsbauprüfung und Eigenheimzulagen gefördert wird.

In Alfter sind in den letzten Jahren und vergangenen Jahrzehnten etliche Freiflächen zwischen Impekoven und Oedekoven, zwischen Oedekoven und Gielsdorf, zwischen Gielsdorf und Alfter, zwischen Alfter und Bornheim mit oder ohne Bebauungsplan besiedelt worden. Bei den Planungen muss es sich nicht immer nur um Bebauungspläne handeln; häufig genügt bereits die Genehmigung einzelner Bauvorhaben in den problematischen Bereichen, um einen Wechsel in der Charakterisierung des gesamten Gebietes herbeizuführen. Wenn ein Bauvorhaben für zulässig erklärt wird, entsteht möglicherweise auch auf dem Nachbargrundstück Baurecht, sodass das gesamte Gebiet „kippt“ und nun nicht mehr als Außenbereich, sondern als unplanter Innenbereich gilt. Einer weiteren Bebauung sind dann keine Schranken mehr gesetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in den vergangenen Jahren solchen Entwicklungen stets widersetzt. Konsequenter wurden von uns nur einzelne Bauvorhaben und Bebauungspläne in Innenbereichsfragen befürwortet. Eine „große Koalition“ von CDU und SPD hat sich hierüber meist hinweggesetzt. Zu erinnern sei nur daran, dass die Kooperation zwischen CDU und Grünen 1997 daran scheiterte, dass die CDU entgegen einer Vereinbarung mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bereich zwischen Gielsdorf und

Alfter den Bebauungsplan „Lessenicher Weg“ durchsetzte und damit die Option eröffnete, die sogenannte „Hangstrasse“ zu verwirklichen. Da diese Straße nur über Anlieger-Beiträge finanzierbar ist, wäre eine weitere Bebauung des jetzigen Freibereiches unvermeidbar und damit dessen Verschwinden vorprogrammiert.

Bei dem von der Verwaltung im letzten Jahr präsentierten Bebauungsplan „Görreshof“ besteht eine nahezu gleiche Problemlage. Der Verkehr soll aus dem Alfterer Ortskern vom Görreshof aus direkt über den noch auszubauenden Schmittlingsweg und die gleichfalls auszubauende Appelallee auf den Roisdorfer Weg (K 5) geführt werden. Der Straßen(aus)bau soll mit der Besiedelung der Freifläche zwischen Alfterer Schloss und Friedhof einhergehen und auf diese Weise finanziert werden.

Die beiden Beispiele stehen stellvertretend für zahlreiche andere. Weitere Beispiele für Bebauungspläne, die in den vergangenen Jahren in Ortsrandlagen beschlossen worden sind, ließen sich anführen: „Auf der Vettel“ (Gielsdorf/Alfter), „Kumpelsgarten“ (Witterschlick/Volmershoven), „Kramersbruch“ (Oedekoven/Impekoven). Schließlich sollte besonderes Augenmerk der größeren Freifläche zwischen Alfter und Bonn gelten. Diese wird durch die neue Kreisstraße 12 N durchschnitten und damit – sowohl für Landwirtschaft als auch für Erholungssuchende – unattraktiver und kleiner, mithin auch anfälliger für weitere Bau- und Planungsbegehrlichkeiten gemacht.

Die Alfterer Bevölkerung hat die oben geschilderten Zusammenhänge längst erkannt und auf den kürzlich im Rahmen des Gemeindeentwicklungsprozesses durchgeführten Ortsteilversammlungen ausdrücklich gefordert, dass

- die Bautätigkeit in den Hang- und Berglagen beschränkt wird,
- landwirtschaftliche Flächen erhalten bleiben,
- keine weiteren Baugebiete ausgewiesen werden,
- bestehende Grünzäsuren von Bebauung freigehalten werden,
- die Identität der Ortschaften nicht durch Neubaumaßnahmen gefährdet wird,
- Zersiedelung vermieden wird.

(Vgl. Econ Consult, Zusammenfassung der Ergebnisse der Ortsteilversammlungen)

Die Bürgerinnen und Bürger haben insbesondere auch gesehen, dass mit neuen Wohngebieten neue Verkehrsprobleme einhergehen und sie verlangen deshalb, dass keine Wohngebiete mehr geplant werden, wenn nicht gleichzeitig die hierdurch entstehenden Verkehrsprobleme gelöst werden. Eine Entlastungsstraße, die nur durch neue (Anlieger-)Bebauung finanziert werden kann, vermindert die Verkehrsprobleme nicht, sondern schafft neue. Die Entlastungseffekte werden durch Belastungen – verursacht durch die Pkws der neuen Anlieger – stark eingeschränkt oder zunichte gemacht.

Wenn das klare Votum der Bürgerinnen und Bürger im Gemeindeentwicklungsprozess nicht ungehört verhallen soll, so muss die Gemeinde sich bei den laufenden und künftigen Planungen hiervon leiten lassen. Der Bestand der noch verbliebenen Freiflächen, insbesondere in den Ortsrandlagen, muss mit planerischen Mitteln endlich gesichert werden, last but not least dürfen die Hangstrassen-Pläne nicht weiterverfolgt werden.

Christian Kaldenhoff



Fußgängerüberweg auf der Servaisstraße in Witterschlick

In seiner Sitzung vom 26.11.2002 beschloss der Bau-, Vergabe- und Verkehrsausschuss, mit einer Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fußgängerlichtzeichenanlage, kurz Ampel, in der Servaisstraße durch einen Fußgängerüberweg, kurz Zebrastreifen, zu ersetzen. Dem Beschluss lag eine Zählung der Verwaltung über die Fußgängerquerungen und Fahrzeugbewegungen zu Grunde. Das zuständige Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises hielt aufgrund dieser Zahlen weder eine Ampel noch einen Zebrastreifen für notwendig.

Dennoch wurde am 26.11.2002 beschlossen, die Ampel durch einen Zebrastreifen zu ersetzen. Konsequenz daraus war: Die Ampel wurde abgebaut und ein Zebrastreifen nicht errichtet.

Der Abbau der Ampel wurde gegen Ende der Sommerferien 2003 vorgenommen und rief dann den Protest einer Elterngruppe um Herrn Günter Matzke-Hajek hervor, deren Kinder bisher die Ampel zum Überqueren der Servaisstraße auf dem Schulweg nutzten. Geleitet von diesem Protest haben wir uns des Themas noch einmal angenommen.

Ansatzpunkt war hier die durch die Gemeinde vorgenommene Zählung der Querungen und Fahrzeugbewegungen. Die Verwaltung hatte eine Zählung im Zeitfenster von 7.30 Uhr bis 8.30 Uhr durchgeführt. Fakt ist aber, dass der erste Bus 632 mit Schulkindern zum Hardtberg bereits um 7.14 fährt und der Unterrichtsbeginn in der Witterschlicker Grundschule um 8.00 Uhr beginnt, somit die Kinder bereits ab ca. 7.15 Uhr die Servaisstraße queren.

Michael Schroerlücke (Ratsmitglied), Wilhelm Windhuis (Fraktionsvorsitzender) und Georg Lückhausen (betroffener Vater)

haben deshalb am 25.09.2003 eine eigene Zählung zwischen 7.00 Uhr und 8.00 Uhr durchgeführt. Wir sind dabei zu einem anderen Ergebnis als die Verwaltung gekommen. Das Ergebnis der Zählung haben wir dann an den Landrat geschickt. Postwendend erhielten wir eine Nachricht. Der Landrat ließ nun selbst noch einmal zählen. Und siehe da, das Ergebnis entsprach etwa dem unsrigen.

Zur Überraschung aller wurden dann zwei Zebrastreifen vom Landrat angeordnet. Dies wurde auch medienwirksam durch den Landrat in Witterschlick „an den Bürger“ gebracht. Am 15.10.2003 hatte der Landrat zu einem Presetermin nach Witterschlick geladen. Der Termin sollte eine reine CDU Veranstaltung werden. Doch wie der Zufall so spielt, erfuhr ich von dem Presetermin und habe mich dann zu den versammelten CDU Leuten gesellt.

Hier gab es dann erstaunte Mienen. Erstaunt war auch ich, als ich den Bericht im Schaufenster (Wochenblatt für Bornheim und Alfter), 29. Jahrgang, 46. Ausgabe lesen musste. Noch mehr erstaunte mich allerdings das dazugehörige Foto. Im Gegensatz zum Original (oben noch einmal abgebildet) hatten die Verantwortlichen des Artikels das Foto nachträglich bearbeitet und mich rausgeschneitten.

Ich möchte diesen Vorgang nicht weiter kommentieren. Danken möchte ich jedoch Herrn Günter Matzke-Hajek. Er hat mit seiner Initiative erreicht, dass wir erst auf das Problem aufmerksam geworden sind. Durch die Zählung Grüner Kommunalpolitiker ist dann ein weiterer Meilenstein hin zum Zebrastreifen gesetzt worden. Die CDU hat lediglich die gute Presse daraus gemacht.

Wilhelm Windhuis

Planungskonzept Jungfernpfad

Es grenzte schon an Maßlosigkeit, was sich die CDU Alter in Sachen „Jungfernpfad“ im Mai 2002 erlaubte!

Die Gemeindeverwaltung hatte für den Planungsausschuss am 07.05.2002 erneut nach 1996 ein Planungskonzept für den Jungfernpfad in Oedekoven vorgelegt. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Alfter erkannten gleich, dass hier eine Sache ins Rollen kommt, die der Entwicklung Oedekovens nicht förderlich sein kann. Daher veranstalteten die Grünen unverzüglich eine BürgerInnen-Anhörung, an deren Ende sich eine deutliche Mehrheit gegen entsprechende Pläne der Verwaltung aussprach und auch inhaltlich die Grünen-Argumente unterstützte. Zu diesen gehören nach wie vor:

- einzige verkehrliche Zu-/Abfahrt wäre der Jungfernpfad Richtung Wegscheid;
- Verkehrsproblematik vorprogrammiert;
- Sicherheitsprobleme: Grundschule, Kindergarten, zwei kirchliche Gemeindezentren, in denen Kinder-/Jugendarbeit stattfindet.

Bei so viel Bedenken, die auch von der Tagespresse dokumentiert wurden, kam die CDU nicht umhin, auch eine BürgerInnen-Anhörung durchzuführen. Schließlich kann die CDU ja nicht einfach so das Feld den Grünen überlassen. Das Diskussionsergebnis war im Prinzip dasselbe, wie bei der Grünen-Veranstaltung: breiter Widerstand gegen eine Bebauung des Jungfernpfades.

Eigentlich sollte nach diesem Kurzaufsatz der bisherigen Geschehnisse alles klar sein: kein Ausbau und keine Wohnbebauung am Jungfernpfad/Bücheler Weg. Aber weit gefehlt! Im Planungsausschuss am 14.11.2002 legte die CDU einen Beschlussvorschlag vor (der von der Verwaltung übernommen wurde) und sprach darin von einer möglichen „Minimal-Lösung“:

- Änderungen in Umfang und Auswirkungen so gering wie möglich („Minimal-Lösung“);
- keine verkehrliche Erschließung Richtung Staffelsgasse,
- Offenhalten des Bücheler Weges für eventuelle spätere Planungen

Die Verwaltung präsentierte dazu eine Zeichnung von 1996, nach der am oberen Ende des Jungfernpfades ein Wendehammer mit sechs bis acht Häusern entstehen könne. Das sollte also die „Minimal-Lösung“ sein, der dann in Kürze sehr wahrscheinlich die „große Lösung“ mit dem

kompletten Ausbau des Jungfernpfades gefolgt wäre?!

Denn wenn bei einer späteren Bebauung des Bücheler Weges keine verkehrliche Erschließung zur Staffelsgasse hin erfolgen soll, kann doch nur der Jungfernpfad mit den o.g. Konsequenzen den Verkehrsfluss zu- bzw. ableiten. Dafür könnte er aber nicht im jetzigen Zustand verbleiben, sondern müsste ausgebaut werden. Angesichts der desolaten finanziellen Lage der Kommunalgemeinde wäre das aber nur über Erschließungsbeiträge möglich, die über eine Bebauung zu erheben wären. Damit wäre die „große Lösung“, wie die CDU sie in ihrem Antrag nennt, wieder im Rennen.

Die CDU spielte ein verlogenes Spiel: eigentlich wollte sie den Ausbau des Jungfernpfades – was zwischen den Zeilen ja auch die CDU-Ratsherren bei deren BürgerInnen-Anhörung durchblicken ließen –, andererseits traute sie sich jedoch nicht, ihr Ansinnen gegen eine sensibilisierte Bevölkerung einfach so durchzusetzen. Dass eine solche Vorgehensweise auf sehr viel Unmut in Oedekoven stößt, bekamen CDU und Verwaltung ja schon im Zusammenhang mit der Auflösung der Löschgruppe Oedekoven zu spüren.

„Jungfernpfad-Konzept“ vom Tisch

Als klaren „grünen“ Erfolg werten wir den einstimmig durch den Planungsausschuss am 17. Dezember 2002 gefassten Beschluss, die Planungskonzeption „Jungfernpfad“ nicht weiter zu verfolgen: Nur durch unsere Initiative, die BürgerInnen in diesen Planungsprozess einzubinden, wurden die großen Bedenken der Oedekovener Bevölkerung offenbar.

Der CDU wurden – trotz ihrer absoluten Mehrheit – die Grenzen ihres Handelns klar aufgezeigt.

Das „grüne Herz“ Oedekovens durch Bebauung zu zerstören, hätte den unverwechselbaren Charakter des Dorfes nachhaltig negativ geprägt. Deshalb haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Anfang an gegen die Planungskonzeption ausgesprochen.

Es bleibt also stets Vorsicht geboten, wenn es um Bebauungspläne geht! Dies kann nur damit behoben werden, indem die absolute Mehrheit der CDU gebrochen und eine Koalition mit einer anderen Partei notwendig wird.

Ralf Simon
Ratsmitglied

Mehr Lebensräume für Kinder und Jugendliche

Ob es nun im Zeichen der Kommunalwahl 2004 steht oder tatsächlich Ergebnis vernünftiger Sozialplanung auf Anregung des Sozialausschusses ist, die Verwaltung überraschte in der Sitzung des Sozialausschusses vom 01.04.2004 den Ausschuss, indem sie mitteilte, dass eine neue Konzeption für Spielplätze in der Gemeinde erstellt werden soll.

Dass hierbei nicht nur die Altersgruppe bis sechs Jahre beachtet werden soll, sondern auch die Wünsche und Bedürfnisse der älteren Kinder und auch Jugendliche berücksichtigt werden sollen, ist eine alte Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Schon im Jahr 2000 wurde die Frage diskutiert, ob nicht brachliegende Spielplätze zumindest zum Teil in freie Spielflächen umgestaltet werden sollen oder ob es nicht Sinn macht, über Möglichkeiten für Treffpunkte für Jugendliche nachzudenken.

Um so erfreulicher, dass gerade dies nun auch in die neue Konzeption einfließen soll. Stefan Möller, sachkundiger Bürger der Grünen im Sozialausschuss, ermutigt die Verwaltung, dass Möglichkeiten gesucht werden sollen, wie Kinder und Jugendliche in die Planung mit einbezogen werden können.

Damit die langsamen Mühlen der Verwaltung hierbei Unterstützung erhalten,

schreiben wir in Alfter einen kleinen Wettbewerb unter Kindern und Jugendlichen aus. Jedes Kind und jeder Jugendliche, der sich Gedanken über den Spielplatz in seiner Nähe macht, der Ideen für eine andere Gestaltung von freien Flächen hat, der mitteilen möchte, wie, womit und mit was Kinder, Jugendliche heute ihre Freizeit aktiv und draußen gestalten wollen, ist aufgefordert, uns seine Vorschläge zu schicken.

Wir versprechen, dass wir alle Vorschläge sammeln, sortieren und der Verwaltung als Ideensammlung zur Verfügung stellen. Denn wer weiß besser was gebraucht wird als Kinder und Jugendliche selbst.

Wir sind sicher, dass die Phantasie der Kinder mehr Ergebnisse bringen kann, als sich jeder erwachsene Planer vorstellen kann. Ob einiges verwirklicht werden kann, können wir nicht versprechen, aber dass es weitergegeben und bekannt wird, dass sagen wir fest zu.

Die drei besten Ideen, die verwirklicht werden können, erhalten von uns einen Buchpreis oder einen CD-Gutschein in Höhe von 30,- €.

Also, mitmachen lohnt sich doppelt.

Stefan Möller

Wettbewerb für Kinder, Jugendliche und jung Gebliebene Mehr Platz für uns, denn wir sind die Zukunft

Was denkt Ihr über die Spielplätze oder Spielmöglichkeiten in Alfter, Oedekoven, Giesdorf oder Impekoven, wie sieht es in Witterschlick oder in Volmershoven / Heidgen aus. Schaut Euch Eure Spielplätze mal genau an. Was kann verbessert werden, was fehlt.

Was braucht Ihr an Spielflächen und Plätzen, um Euch mit Euren Freunden zu treffen. Schreibt, malt oder bastelt, wie Ihr Euch Spielplätze, Möglichkeiten zum Toben oder Sportflächen vorstellt.

Meine Idee für den Spielplatz _____ (Straßenname)

Ich wünsche mir Plätze zum _____

Mir fehlt in der Gemeinde Alfter _____

Name und Adresse: _____

Ich habe Lust an Planungen mitzumachen

Ideen einsenden an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ortsverband Alfter, Buschhovener Str. 35b, 53347 Alfter

Kommunalwahl 2004 – Wahlkreiskandidaten

Wahlkreis 010 Jörg Laschet	Wahlkreis 090 Bernd Kunz
Wahlkreis 020 Petra von der Lohe	Wahlkreis 100 Christine Annen
Wahlkreis 030 Robert de la Haye	Wahlkreis 110 Dr. Ursula Lobin
Wahlkreis 040 Heinrich Opgenhoff	Wahlkreis 120 Mechtild Wallraf-Kaiser
Wahlkreis 050 Matthias Esken	Wahlkreis 130 Stefan Möller
Wahlkreis 060 Marie - Theres Eckey	Wahlkreis 140 Gabriele Hrdina-Kretzschmar
Wahlkreis 070 Wilhelm Windhuis	Wahlkreis 150 Michael Schroerlücke
Wahlkreis 080 Manfred Wanke	Wahlkreis 160 Dr. Hans Eggers

Kommunalwahl 2004 – Reserveliste

Platz 1 Wilhelm Windhuis	Platz 9 Bernd Kunz
Platz 2 Michael Schroerlücke	Platz 10 Stefan Möller
Platz 3 Gabriele Hrdina-Kretzschmar	Platz 11 Matthias Esken
Platz 4 Mechtild Wallraf-Kaiser	Platz 12 Dr. Usula Lobin
Platz 5 Jörg Laschet	Platz 13 Gerhard Lenz
Platz 6 Robert de la Haye	Platz 14 Dr. Georg Schultze
Platz 7 Christine Annen	Platz 15 Dr. Hans Eggers
Platz 8 Manfred Wanke	Platz 16 Heinrich Opgenhoff

Personalien

Japp ens jän ne heeße Backovve...

...sagt man hier im Rheinland. Frei übersetzt heißt das: Du kannst mit Deinem Atem einen bullernden Backofen nicht abkühlen. Im übertragenen Sinn bringt der Rheinländer damit zum Ausdruck, dass gegen die Obrigkeit nur schwer anzukommen ist.

Dieser Erfahrungswert ist tief verwurzelt und wird immer wieder neu bestätigt. Machtstrukturen, oft festgefügt und für den Außenstehenden undurchschaubar, erscheinen als uneinnehmbare Festungen. Versuche, ihnen von außen beizukommen, prallen an deren Mauern ab.

Also: Am besten lässt man gleich die Finger davon. Wer will schon den Kampf gegen Windmühlenflügel antreten und als Don Quixotte eine schlechte Figur machen.

Nebenbei bemerkt: Es lebt sich auch viel bequemer mit dieser Einstellung.

Diese Haltung lässt sich trefflich pflegen. Oft geht das auch lange gut. Aber es können auch Situationen eintreten, in denen dieses Denken nicht mehr funktioniert.

Für mich war eine solche Situation eingetreten, als ich mich in meinem unmittelbaren Lebensbereich betroffen fühlte. Mein Garten, mein Stück Paradies auf Erden, zwischen Ginggasse und Jungfernpfad gelegen, war überplant worden. Entsetzen packte mich bei dem Gedanken, nun bald nach dem Vorbild der Bebauung zwischen Impekoverer Straße und Ahrweg in Oedekoven „eingekeilt“ zu werden. Die Pläne dazu lagen vor. Überdies beschlich mich das Gefühl, dem Treiben hilflos ausgesetzt zu sein, das Ganze erdulden zu müssen.

Das entspricht nun aber nicht wirklich meinem Stil. Und damit war klar, dass statt Bequemlichkeit Taten angesagt waren. Glücklicherweise stand ich mit meinem Ansinnen nicht alleine da: Wir gründeten eine „Nachbarschaftsinitiative Jungfernpfad“. Diese hatte zum Ziel, allen Interessierten alle Informationen über den jeweiligen Stand der Planung rund um den Jungfernpfad zukommen zu lassen, jede Entwicklung publik zu machen, eine gemeinsame Meinung zu bilden und zu artikulieren. Es wurden Versammlungen abgehalten, Gespräche geführt, Rundschreiben verfasst, die Sitzungen des Planungsausschusses besucht und nicht zuletzt Mitglieder des Planungsausschusses der Gemeinde genervt. Kurzum: Es wurde Wirbel

veranstaltet. Damit wurde erreicht, dass Geheimniskrämerei ab diesem Zeitpunkt bei vielen Bürgern bitter aufgestoßen ist.

Das alles war mit viel Arbeit verbunden. Arbeit, die in der Regel immer dann anfiel, wenn eigentlich die Zeit nicht zur Verfügung stand. Es war auch hin und wieder mit Anecken verbunden. Nicht jeder hat die Initiative mit Wohlwollen begleitet.

Aber letztlich war der Erfolg unser. Der Planungsausschuss beschloss kurz vor Weihnachten 2002 – Welch ein Weihnachtsgeschenk! – die Planung nicht weiter zu verfolgen. Aber auch vorher war die Ernte schon eingefahren. Denn wir hatten uns zusammen gesetzt, gemeinsam ein Ziel verfolgt und damit Gemeinsinn gelebt und erlebt. Das war für sich alleine schon ein gutes Gefühl.

Allerdings habe ich in diesem Zusammenhang wieder einmal eine besondere, für mich sehr bittere Erfahrung machen müssen. Es sind vor allen Dingen die Einheimischen, die das Japp-ens-jän-ne-heeße-Backovve-Gefühl empfinden. Und bitter deshalb, weil ich aus Erfahrung weiß, wie es sich anfühlt, wenn man sich nicht wirklich artikulieren kann, sich deshalb nicht nur ausgegrenzt fühlt, sondern auch ausgegrenzt wird und letztlich dann zurückzieht. Das sind die Situationen, in denen die oben zitierten Mauern meterdick und unüberwindbar sind.

Dabei ist es im Grunde doch relativ einfach. Man darf sich nicht alles gefallen lassen. Man muss sich zur Wehr setzen. Und das tut man nun einmal am wirkungsvollsten mit mehreren gemeinsam. Einigkeit macht tatsächlich stark. Man muss sich einmischen. Nur so erreicht man, dass nichts so leicht unter den Teppich gekehrt werden kann. Und: Mauern entstehen nur dann, wenn man sie zulässt. Also lassen wir sie nicht zu und schauen den „Mächtigen“ im Rat auf die Finger. Diese Aufgabe kommt in unserem politischen System einer starken Opposition zu. Hier bei uns in Alfter beweisen die Grünen schon seit Jahren eindrucksvoll, dass sie den „Klüngel“ nicht zulassen.

Für mich persönlich war es dann nur konsequent, Mitglied der Grünen zu werden und Aufgaben zu übernehmen.

Christine Annen

Gabriele Hrdina-Kretzschmar

Seit über 30 Jahren lebe ich in Witterschlick, bin verheiratet und habe zwei Kinder im Alter von 18 und 21 Jahren. Gemeinsam wohnen wir in der Buschhovener Straße 49. Seit 1989 bin ich in der Kommunalpolitik unserer Gemeinde aktiv und wurde 1994 für die Unabhängige Wähler Gemeinschaft Alfter in den Gemeinderat gewählt. Als Mitglied des Rates habe ich mich immer dafür eingesetzt, dass die berechtigten Interessen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Randgemeinden, insbesondere in Witterschlick, nicht zu kurz kommen und entsprechend berücksichtigt werden. Dabei habe ich

mich von dem Grundsatz leiten lassen, dass für unsere Ortschaften der natürliche Lebensraum und die Lebensqualität der dort wohnenden Menschen an erster Stelle steht und somit auch nur eine zweckmäßige, ökologisch vertretbare und behutsame Weiterentwicklung in Frage kommt. Da ich meine Aktivitäten in der Kommunalpolitik immer unabhängig durchgeführt habe und mich auch in Zukunft nicht von Weisungen Anderer abhängig machen will, habe ich mich entschlossen, aus der UWG auszutreten und meine Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fortzusetzen.

Manfred Wanke

geb. 01.10.60 in Oedekoven, verheiratet, eine Tochter. Seit 1999 Ratsmitglied in Alfter. Von 1999 bis November 2003 UWG-Fraktion. Seit Nov. 2003 parteiloses Ratsmitglied. Zur Politik bin ich durch die Erkenntnis gekommen, dass man Politik nicht an der Theke machen kann und die Bebauungspolitik der Gemeinde nur durch direktes Mitwirken verändern kann. Ratsmitglied in der UWG wurde ich durch einen Bekannten, der sein Mandat aus Altersgründen ab September 1999 nicht mehr wahrnehmen wollte. Durch nicht überbrückbare Differenzen mit einer Fraktionsspitze bin ich als UWG-Ratsmitglied im November 2003 ausgeschieden. Mein Ratsmandat will ich bis September 2004 wahrnehmen. Nach der Kommunalwahl 2004 möchte ich mich weiter politisch engagieren. Dazu brauche ich eine Partei, der ich mich anschließen kann. Von der Einstellung zur Politik allgemein und den Zielen auf unserer kommunalen Ebene, kommt für mich nur BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Frage.

Ralf Simon

Sie – vor allem die OedekovenerInnen – haben bestimmt schon davon gehört, dass ich bei der Kommunalwahl am 26. September 2004 nicht wieder für ein Ratsmandat kandidieren werde. Im April 2002 war ich – gemeinsam mit Wilhelm Windhuis (Witterschlick) – über die Reserveliste unserer Partei als Nachfolger für Petra von der Lohe (Alfter) und Christian Kaldenhoff (Oedekoven) in den Rat der Gemeinde Alfter eingezogen. Die kommunalpolitische Arbeit, für die ich mich zuvor schon als Mitglied der KLJB Oedekoven und danach als Sachkundiger Bürger im Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuss interessiert habe, konnte ich so fortsetzen. Sie hat zwar viel Zeit gekostet, war aber auch zugleich sehr interessant und eine wichtige Erfahrung, die mein Leben bereichert hat.

Um allen Spekulationen den Wind aus den Segeln zu nehmen: Es sind rein persönliche Gründe, die mich zu der Entscheidung bewegen haben. Denn im August 2002 nahm ich eine neue Arbeitsstelle beim Internationalen Katholischen Missionswerk missio e.V. in Aachen an, so dass ich von da an jeden Tag zwischen Oedekoven und Aachen pendel(t)e. Der mit den Fahrten verbundene Zeitaufwand raubte jedes noch so kleine Quäntchen an Lebensqualität! Die ökologische Komponente ist auch nicht außer Acht zu lassen! Seit Februar diesen Jahres bin ich mit einem Zweitwohnsitz in Aachen ansässig: für die wichtigsten politischen Aktivitäten (Familie, Rat, Haupt- und Finanzausschuss, Fraktion, Partei) muss ich pendeln. Daran folgt dann auch die Konsequenz, nicht wieder zu kandidieren, denn die Anbindung an den Ort, an die Gemeinde, wird auf Dauer nicht mehr so eng sein, um verantwortungsvoll Kommunalpolitik zu gestalten.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und danke Ihnen für Ihr mir entgegengebrachtes Vertrauen und würde mich freuen, wenn Sie dieses auch meinen ParteifreundInnen in selber Art entgegenbringen würden! Dieses können Sie unter anderem dadurch zum Ausdruck bringen, in dem Sie bei der Kommunalwahl unsere „Grüne Politik in Alfter“ unterstützen oder auch in unserer Partei mitarbeiten. Dazu brauchen Sie bei uns übrigens kein Parteimitglied zu sein!

Der Gemeinde Alfter – und insbesondere dem Ort Oedekoven, in dem ich über 32 Jahre gelebt und ehrenamtlich in verschiedenen Funktionen in der Kath. Kirchengemeinde, in der KLJB Oedekoven und bei den Grünen mitarbeiten und gestalten durfte – werde ich auch weiterhin verbunden bleiben!

ADRESSEN (53347 Alfter)

Christine Annen,
Ginggasse 19,
Tel.: 02 28 / 64 11 50

Dr. Hans Eggers,
Kiefernweg 12,
Tel.: 02 28 / 74 74 18

Matthias Esken,
Landgraben 60,
Tel.: 0 22 22 / 93 57 20

Robert de la Haye,
Bachstraße 21,
Tel.: 0 22 22 / 6 03 98

Gabriele Hrdina-Kretzschmar,
Buschhovener Straße. 49,
Tel.: 64 18 97

Bernd Kunz,
Buschkauler Weg 28,
Tel.: 02 28 / 74 62 69

Dr. Ursula Lobin,
Lärchenweg 13,
Tel.: 02 28 / 64 31 87

Stefan Möller,
Pfarrer-Küpper-Straße 12,
Tel.: 02 28 / 6 44 03 33

Heinrich Opgenhoff,
Bachstraße 19,

Michael Schroerlücke,
Lorenweg 48,
Tel.: 02 28 / 6 44 06 80

Mechtild Wallraff-Kaiser,
Im Wiesengrund 7,
02 28 / 64 01 05

Manfred Wanke,
Waldstraße 12,
Tel.: 02 28 / 6 44 05 06

Ann-Kathrin Windhuis,
Buschhovener Straße 35 B

Wilhelm Windhuis,
Buschhovener Straße 35 B,
Tel.: 02 28 / 6 42 05 40,
E-Mail: wwindhuis@t-online.de

Impressum:

HerausgeberIn:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter
Internet: www.gruene-alfter.de

Redaktion: Wilhelm Windhuis,
Christine Annen,
Stefan Möller,
Dr. Ursula Lobin,
Ralf Simon,
Christian Kaldenhoff

Redaktionsschluss:
27. Mai 2004

V.i.S.d.P.: Christine Annen,
Ginggasse 19,
53347 Alfter

Satz, Druck: Das Druckhaus
Laurentiusweg 28
53347 Alfter
Tel.: 0 22 22 / 91 14 - 0

Auflage: 9.500 Stück

Am 13. Juni ist Europawahl!